

sende dieser Art in Westdeutschland. Bei uns ist bis heute kein einziger Friedenskämpfer und kein Atomkriegsgegner bestraft worden — in Westdeutschland reißt die Verurteilung von Friedensfreunden nicht ab. Besonders „empört“ sind einige Leute im Westen, wenn wir von Zeit zu Zeit einige Spione übelster Sorte hinter Schloß und Riegel bringen, wobei es ihnen weniger um die Person als um die Spionage geht. Auch an dieser Stelle müssen wir der westdeutschen Bevölkerung eindeutig sagen, daß die Bestrafung von Spionen genauso ihrer Sicherheit dient wie der unseren.

Die Tätigkeit der imperialistischen Agenten, Spione und Schädlinge konzentriert sich heute auf die wichtigsten Zweige unseres Lebens. Deshalb bleibt die staatsfeindliche Tätigkeit weiterhin eine äußerst gefährliche Erscheinung. Es müssen gegen diese Erscheinungen alle zur Verfügung stehenden Mittel angewandt werden. Mögen die Eltern ihre Söhne und Töchter und die Frauen ihre Männer davor bewahren, sich in den Sold der Feinde zu begeben. Wer gegen die DDR die Hand erhebt, dem wird diese Hand abgeschlagen werden.

Unter Führung unserer Partei und Regierung festigt sich unsere gesamte Ordnung ständig, und es wächst die Arbeitsinitiative der Werktätigen. Es ist daher erforderlich, mit allen Mitteln die Aufbaukraft aller Werktätigen, die sich ehrlich für den Aufbau eines besseren Lebens einsetzen, zu schützen. Es gibt leider aber auch noch vereinzelt Menschen, die ihre Mißachtung gegenüber unserer Gesellschaft durch Beleidigung der Mitbürger, durch verschiedene Gewalttätigkeiten und andere verwerfliche Akte zum Ausdruck bringen. Die Lebensweise dieser Leute erweckt bei den ehrlichen Bürgern Abscheu, denn sie gefährden dadurch das ruhige Zusammenleben der Bürger und hemmen unseren Aufbau. Teilweise treten diese Leute nach amerikanischem und westberliner Vorbild in Gruppen auf.

Nun hat die westberliner und westzonale Radaupresse auch über diese vereinzelt aufgetretenen Kravalle ein wüstes Freudengeheul angestimmt und „festgestellt“, daß auch die DDR ihr „Jugendproblem“ habe. Dabei haben diese Leute wohlweislich verschwiegen, daß es sich hier um Auswirkungen jener „amerikanischen Lebensweise“ handelt, die durch die verschiedensten Kanäle von den Feinden in das demokratische Berlin und auch in einige Bezirksstädte „importiert“ wurde. Hinzu kommt noch all das, was man als psychologische Kriegführung bezeichnen muß: die Tätigkeit feindlicher Radiostationen, der „schwarze Kanal“ des westzonalen Fernsehens, Schundliteratur und sonstige vom Imperialismus für die Zersetzung der Moral der Jugend organisierte Dinge, mit denen Teile unserer Jugend zeitweilig in Berührung kommen.

Es ist die Verpflichtung aller gesellschaftlichen Kräfte, gegen diese Erscheinungen konsequent vorzugehen. Indem wir den Anfängen wehren, verhindern wir, daß unsere gesunde Jugend mit dem Schmutz und Unrat einer dekadenten Lebensweise in Berührung kommt, und vermeiden größere Schäden. Die Spekulation des internationalen Imperialismus, sich eines Teils unserer Jugend zu bemächtigen, ist ein hoffnungsloses Manöver; diese Rechnung geht nicht auf.

Unsere Gerichte schützen aber nicht nur die Interessen der Gesellschaft als Ganzes, sondern ebenso die berechtigten Interessen und Rechte jedes einzelnen Bürgers. Besondere Sorge ist dem Schutz der Familie und der Jugend gewidmet. Es muß offen gesagt werden, daß es in der DDR noch immer Fälle gibt, in denen es Bürger mit ihren elterlichen und Familienpflichten nicht besonders genau nehmen. Es ist uns noch nicht gelungen, ausnahmslos alle Bürger zu einer neuen Moral zu erziehen. Hinzu kommt, daß die Frontstadt- und gewisse westzonale Zeitungen jene ehr- und

pflichtvergessenen Elemente, die sich ihrer gesetzlichen und moralischen Unterhaltspflicht durch die Flucht entziehen, als „Helden“ und „politisch Verfolgte“ feiern. Man muß schon sagen, die im Sterben liegende kapitalistische Welt hat neue Typen von „Helden“ hervorgebracht: Verräter, Brandstifter und jene gewissen- und ehrlosen Elemente, die Frau und Kinder im Stich lassen.

Herr Rosenthal von den unfreiheitlichen „Juristen“ in Westberlin und andere Gangster des kalten Krieges vergießen ihre falschen Tränen darüber, daß unsere Gerichte dem in der DDR lebenden Elternteil das Sorge- und Erziehungsrecht über die Kinder zusprechen. Es ist klar, und wir sagen es ganz offen: Das Erziehungsrecht erhält nicht jener Elternteil, der Verrat an der DDR geübt und in das Lager der Atomkrieger gegangen ist, sondern jener Elternteil, der in der DDR lebt und seiner Arbeit nachgeht. Solange der jetzige Zustand in Deutschland bestehen bleibt, gibt es keine andere Lösung. Eine wirklich humanistische Erziehung der Kinder ist nur in der DDR gesichert. Unsere Kinder sollen nicht den Atomtod sterben, den Herr Strauß mit Zustimmung der rechten SPD-Führung in Westdeutschland vorbereitet.

Zentraler Wahlausschuß für Richterwahlen konstituiert

Der zentrale Ausschuß für die Richterwahlen, die erstmalig in diesem Herbst stattfinden, hat sich jetzt in Berlin konstituiert. Ihm gehören an der Minister der Justiz, Dr. Hilde Benjamin, als Vorsitzender, Staatssekretär Hans Jendretzky, Leiter des Sekretariats des Ministerrats, sowie Vertreter des Nationalrats, des FDGB-Bundesvorstandes und des Ständigen Ausschusses der Volkskammer für die örtlichen Volksvertretungen.

Der zentrale Ausschuß stellte in seiner ersten Sitzung fest, daß die Vorbereitungen zu den Richterwahlen bisher planmäßig verlaufen. Es wurde ein Wahlbüro benannt, das die Wahlbewegung operativ anleiten und kontrollieren wird.

Unsere Gerichte unterscheiden sich von den westzonalen Gerichten im besonderen dadurch, daß sie mit dem Volke eng verbunden sind und dem Volke dienen. Eine Voraussetzung hierfür bildet die reale Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz. In den Westzonen und in Westberlin gibt es keine Gleichheit vor dem Gesetz und auch keine Gleichheit vor dem Gericht. Dafür einige Beispiele:

In dem westberliner Schmutzblatt „Der Tag“ konnte man am 12. August d. J. unter dem Titel „Urteile gegen SED-Angehörige in Westberlin“ lesen, daß es „ebenso klar wie aktuell“ sei, daß den „SED-Leuten das Recht auf einen Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst und somit auch auf eine Pension ... auf Lohnumtausch im Grenzgängerverkehr sowie auf Anerkennung und Entschädigung als politisch und rassisch Verfolgte der Hitlerzeit“ bestritten wird.

Es hieß dann weiter:

„So sprach das Arbeitsgericht einem 79jährigen früheren städtischen Kanalarbeiter das Ruhegeld ab, weil er der SED angehört.“

Wir fragen die Agenten von den unfreiheitlichen „Juristen“: Warum veröffentlichen Sie in ihren Berichten an die Internationale Juristenkommission nicht diese Fälle?